

Politik aktuell 2/2020

Liebe Mitglieder,

weiterhin prägen die Folgen der Corona-Pandemie die politische Agenda und den Alltag der Filmbranche. Die SPIO hat in enger Abstimmung mit den Mitgliedsverbänden ein Dossier vorgelegt, das aufzeigt, welche Maßnahmen jetzt gefragt sind und welchen Beitrag unsere Branche zur konjunkturellen Erholung leisten kann.

Einen Überblick zu den aktuellen Themen – auch jenseits von Corona – haben wir in diesem Newsletter für Sie zusammengestellt.

Mit den besten Grüßen und Wünschen

Ihr SPIO-Team

Nationale Film- und Medienpolitik

// Anhörung im Kulturausschuss: NEUSTART KULTUR und Solo-Selbständige im Fokus

(jok) Am 17. Juni führte der Kulturausschuss des Deutschen Bundestags eine Sachverständigenanhörung zum Thema „Folgen der Coronavirus-Pandemie und Wege aus der Krise“ durch. Zwei Themen prägten die Runde: Die Ausgestaltung des BKM-Programms NEUSTART KULTUR und die Situation der Solo-Selbständigen in der Kultur.

SPIO-Präsident Dr. Thomas Negele schilderte die Lage der Filmwirtschaft. Er unterstrich die dringende Notwendigkeit, kurzfristig einen staatlich finanzierten Corona-Ausfallfonds für Filmproduktionen einzurichten. Auch der Medienrat des Deutschen Kulturrats hatte die Forderung in einer Stellungnahme im Vorfeld gestützt. Damit Filmproduktionen schnell wieder anlaufen können, ist jetzt eine rasche und pragmatische Lösung für Kinoproduktionen gefragt. Das Ziel

sollte weiterhin eine umfassende Lösung sein, die auch TV-Produktionen absichert – hier werden auch die Länder gefragt sein.

Der Erhalt der Kulturinfrastruktur wurde von mehreren Sachverständigen als zentrales Ziel von NEUSTART KULTUR betont. Für die Filmbranche pochte Dr. Negele hier insbesondere auf eine bedarfsgerechte Hilfe für die in den letzten Monaten geschlossenen Kinos und bisher nicht berücksichtigte Branchenteile wie die Weltvertriebe.

Ein nachhaltiger Weg aus der Krise darf aber nicht nur auf die Erhaltung setzen, sondern muss Investitionen in Innovationen ermöglichen. Hierzu erläuterte Dr. Negele Konzepte der filmtechnischen Dienstleister und des Verleihs.

// Die Novellierung des Jugendmedienschutzes

(hw) Auf gesetzgeberischer Ebene passierte in Sachen Jugendmedienschutz lange Zeit nicht viel – nun auf einmal überschlagen sich die Gesetzesinitiativen von Bund und Ländern. Anfang des Jahres legte der Bund mit einem Referentenentwurf zur Änderung des Jugendschutzgesetzes vor. Neben den bewährten Alterskennzeichnungen sollten zusätzlich Interaktionsrisiken im Umfeld von Online-Medienangeboten erfasst werden. Der Referentenentwurf des Bundes stieß vielfach auf Kritik. Auch die SPIO forderte Nachbesserungen. So sieht der Referentenentwurf nicht vor, die bei FSK 12er Filmen bewährte PG-Regelung auf FSK 6 und FSK 16 Filme auszudehnen sowie auch Erziehungsbeauftragten in diesen Fällen zu ermöglichen, mit Kindern ins Kino zu gehen. Trotz insbesondere anderorts geäußerter Kritik hält der Bund an seinen Gesetzesvorschlag weitgehend fest.

Dies hat nun ihrerseits die Länder auf den Plan gerufen: Ende Mai kündigten die Staatskanzleien der Länder mit einer Liste von Eckpunkten und einem Arbeitsentwurf an, auch den Jugendmediensstaatsvertrag ändern zu wollen. Offensichtliches Ziel ist

es, der im Novellierungsentwurf des Bundes vorgesehenen Erweiterung auf Online-Inhalte zu begegnen, um die Regulierungskompetenz nicht an den Bund zu verlieren. Der Arbeitsentwurf adaptiert dabei teilweise Regelungen aus dem Novellierungsentwurf des Bundes, beinhaltet zudem neue Regulierungsansätze. So sollen zum Beispiel Anbieter von Betriebssystemen (Windows, IOS, Android, Linux etc.) verpflichtet werden, durch Voreinstellungen jugendgefährdende Inhalte zu blockieren. Dieser Entwurf hat bereits viel Kritik ausgelöst.

Der seit Jahren bestehende Bund/Länder Konflikt wird also nun auf offener Bühne ausgetragen. Es bleibt zu hoffen, dass das eigentliche Ziel der Novellierungsbestrebungen nicht gänzlich aus dem Sinn gerät: Der Jugendmedienschutz muss an das geänderte Nutzungsverhalten der Kinder und Jugendlichen endlich angepasst und dabei ein kohärenter verlässlicher Rechtsrahmen für die Anbieter von Filmen und Medien geschaffen werden, der Doppelstrukturen und doppelte Zuständigkeiten vermeidet.

II Europäische Film- und Medienpolitik

// EU-Konsultationen zur Regulierung von digitalen Plattformen

(jmh) Die EU-Kommission hat am 2. Juni 2020 zwei öffentliche Konsultationen zur künftigen Regulierung von digitalen Plattformen in einem Digital Services Act (DSA) und zu einem neuen Wettbewerbs-Tool (New Competition Tool) publiziert.

Bis zum 8. September 2020 können interessierte Kreise zum Thema digitale Plattformen, zu deren Verantwortung, deren Rolle als Gate-Keeper, den Herausforderungen mit Blick auf Einzelpersonen und Unternehmen, die ihre Dienste über Plattformen anbieten, Stellung nehmen. Die EU-Kommission will Auskünfte zum Umgang mit

illegalen Inhalten (hier Schwerpunkt Kindesmissbrauch), zu „harmful content“, d.h. legalen, aber jugendgefährdenden Inhalten und zur Bekämpfung von Desinformation und Hate Speech. Dabei geht es sicherlich auch darum herauszufinden, ob die E-Commerce-Richtlinie, insbesondere die darin textierten Haftungsausschlüsse und -privilegien für Plattformen, überarbeitet werden sollen.

Der Fragebogen zum Wettbewerbsrecht soll mehr Klarheit über strukturelle Wettbewerbsprobleme durch Plattformen schaffen. Hier können Probleme von Zugangsbeschränkungen wie AGBs oder durch vertikale Integration angesprochen werden.

Die SPIO wird die Fragebögen auswerten und mit der AG Europa diskutieren. Die Dokumente können hier abgerufen werden:

- [Konsultation DSM-Act](#)
- [Konsultation-Wettbewerbstool](#)

// EU-Parlament diskutiert Regulierung von digitalen Plattformen

(jmh) Das Europäische Parlament diskutiert in nicht rechtsverbindlichen Berichten die Notwendigkeit einer Regulierung von digitalen Plattformen, die Auswirkungen von KI und die Zukunft der Industriepolitik.

kulturellen, ethnischen, zivil- und strafrechtlichen, internationalen Aspekten wie auch die Ausgestaltung einer zukunftsfähigen Industriepolitik diskutiert.

Parallel und in Vorgriff auf die Ergebnisse der Konsultationen der EU-Kommission werden in zahlreichen Ausschüssen die Frage einer künftigen Plattformregulierung (Digital Services Act), einer künftigen Regelung künstlicher Intelligenz (AI) mit all ihren

Die Abstimmungen in den federführenden Ausschüssen finden weitgehend im Herbst statt. Die SPIO wird versuchen, sich punktuell einzubringen. Einen detaillierten Überblick stellen wir gerne auf Anfrage zur Verfügung.

// Deutsche Ratspräsidentschaft beleuchtet „Vielfalt und Verantwortung“ - Anmeldung zu Webinaren jetzt möglich

(jmh) Am 1. Juli 2020 übernimmt Deutschland die Europäische Ratspräsidentschaft. Prof. Dr. Grütters, BKM, gibt am 7. Juli 2020 den Auftakt zu einer digitalen Konferenzserie „Vielfalt und Verantwortung. Medien in der digitalen Gesellschaft“ u.a. mit einer Video-Botschaft der Bundeskanzlerin Angela Merkel.

- 08.09.2020: Visionen einer kohärenten Europäischen Informations- und Medienordnung
- 10.09.2020: Zeit zum Denken - Denkansätze für eine neue EU-Medienpolitik
- 22.09.2020: Stabilisierung einer freien Medienordnung - Vom Denken zum Handeln
- 24.09.2020: Regulierung und Verantwortung von Video-Sharing-Plattformen

Es folgen fünf Webinare jeweils von 11:00 - 12:30 Uhr:

- 01.10.2020: Wie kann KI zur Sicherung von Qualitätsjournalismus beitragen? Die Plätze für die Webinare sind begrenzt. Eine (zügige) Anmeldung ist [hier](#) möglich.

Am 29. Oktober 2020 findet eine Abschlussveranstaltung statt.

III Filmstatistik aktuell

// Betroffenheit der Kultur- und Kreativwirtschaft von der Corona-Pandemie

Anhand einer Szenarioanalyse werden ökonomische Auswirkungen der politischen Maßnahmen zur Einschränkung der Corona-Krise untersucht.

Die Studie finden Sie [hier](#).

Herausgeber: Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Methodik: Hochrechnungen zur Betroffenheit der Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW) sowie einzelner Teilmärkte, basierend auf Daten des Statistischen Bundesamtes (Umsatzsteuerstatistik) sowie der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2018.

Untersuchungszeitraum: 2019

Umfang: 27 Seiten

// The impact of COVID-19 on the exhibition industry

(jok) Kompakte Zusammenfassung einer Umfrage unter Beschäftigten der Kinobranche in Großbritannien.

Die Studie finden Sie [hier](#).

Herausgeber: Independent Cinema Office

Umfang: 4 Seiten

// EU-Briefing: Coronavirus and the European film industry

(jok) Briefing des Wissenschaftlichen Dienstes des EU-Parlaments u. a. zu folgenden Themen:

- How coronavirus infected the global box office
- Film festivals moving online
- Home video and streaming services: A solution or a threat?

Die Studie finden Sie [hier](#).

Herausgeber: EPRS (European Parliamentary Research Service)

Umfang: 12 Seiten

// UK: Reopening Cinemas-The Independent Way

Ein Blick auf die Wiedereröffnung der UK-Independent Cinemas.

Herausgeber: Independent Cinema Office

Umfang: 7 Seiten

Die Studie finden Sie [hier](#).

SPIO Hauptstadtbüro, Juni 2020
Heiko Wiese (hw), Johannes Kagerer (jok), Julia Maier-Hauff (jmh)